

Harry Neß

Überblick zur Verbandsgeschichte der Lithographen, Stein- und Offsetdrucker unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildungsfragen

(Vortrag auf der Jahrestagung des IADM am 29.10. 2010 in Offenbach am Main: Es gilt das gesprochene Wort)

Am Anfang der 70er Jahre des 19. Jhdts, als die Stein- und Offsetdrucker zum 100. Geburtstag von dem Erfinder Alois Senefelder (1771 – 1834) ihre „Jubelfeiern“ vorbereiteten, herrschte in den deutschsprachigen Gebieten die Zeit der politischen, sozialen und ökonomischen Umbrüche. Unter den Kriegen von 1864, 1866 und 1870 hatten alle Teile der Wirtschaft schwer gelitten, besonders solche, die im weitesten Sinne dem Gewerbe der Kunst nahe standen. Wie berichtet wurde, herrschte z.B. in Berlin zu dieser Zeit der Gesamtlage der Branche entsprechend „Grabesruhe, Elend und ödes Grauen“.

Unter diesen Voraussetzungen begannen sich Teile der lohnabhängigen Arbeiterschaft im Aufbau der sozialdemokratischen Partei und in der ihren Beruf vertretenden Gewerkschaften zu engagieren. Anders diejenigen, von denen die Anfänge der Geschichte des „Verbandes der Lithographen, Steindruck und verwandter Gewerbe“ geprägt wurde. Die sich in ihm versammelnden Berufsangehörigen verstanden sich mehr als Mitglieder eines künstlerischen Gewerbes, wollten also dem entsprechend „keine Umsturzpartei, keine Sozialdemokraten sein“, andererseits wollten sie „aber auch nicht verhungern“, was einen gewissen Zwang zum Zusammenschluss bewirkte. Aus dieser nicht eindeutigen Haltung war ihre Organisationsbewegung von Beginn an dadurch gekennzeichnet, dass bei seinen Mitgliedern sich der Gegensatz zwischen der scheinbar freien Kunst und dem nützlichen Gewerbe auf der einen Seite und dem zwischen dem das individuelle Produkt favorisierende Handwerk und die wiederholende Arbeit der Massenproduktion in der Industrie auf der anderen Seite manifestierte. Das musste sich für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen erschwerend und entsolidarisierend auswirken.

Diese Brechungen im Bewusstsein der Berufsangehörigen standen bereits an der Wiege des 1869 in Neuruppin gegründeten Hirsch-Dunkersche „Gewerkverein der Maler, Koloristen, Lithographen, Steindrucker usw.“ und setzte sich den Folgejahren mit dem Erstarken der Entstehung eines berufspolitisch ausgerichteten Interessenverbandes in ständig vollzogenen Abspaltungen der Fachvereine fort. So trafen sich bereits 1871, dem Jahr der Reichsgründung, Delegierte in Nürnberg, die einen eigenen Verband wollten, in dem nur die Steindrucker und Lithographen organisiert sein sollten. Dort im Zentrum des Abziehbilderdrucks war bereits eine neunstündige Arbeitszeit für Steindrucker und eine achtstündige für Lithographen durchgesetzt worden, es hatte einen Streik um die Lohnhöhe gegeben und die

Steindruckbesitzer hatten sich als Gegenmacht organisatorisch zusammengeschlossen. Deutschlandweit nur mit kurzem Bestand versuchten die Prinzipale 1872 darauf aufbauend die Gründung einer „Vereinigung der Steindruckbesitzer“ in Berlin ins Leben zu rufen, um die eigene Stärke den immer mächtiger auftretenden Gesellen des Gewerbes etwas entgegen zu setzen.

Ab 1873 begann sich die wirtschaftliche Lage im Gewerbe der Lithographen und Steindrucker mit einer guten Auftragslage zu verbessern, besonders durch den von der Deutschen Post veranlassten Postkartendruck. So schlossen sich auf einem Kongress in Würzburg die durch die gute Auftragsdecke gestärkten Berufsangehörigen noch im selben Jahr zum „Deutschen Senefelderbund“ zusammen. Seine Mitglieder wollten autonom agieren, also sich weder an andere Gewerbevereine noch an den deutschen Buchdruckerverband anschließen, der sich bereits 1866? gegründet hatte. Damit wurde vom Selbstverständnis her eine erste Gewerkschaftsorganisation und 1878 unter den strukturbehindernden Restriktionen der sogenannten Sozialistengesetze und einer eingeleiteten Sozialgesetzgebung die Gründung einer „Unterstützungskasse der Steindruck und Lithographen“ beschlossen.

Aufgrund der politisch einschränkenden Organisationsbedingungen gründeten erst Ende 1890 33 Delegierte als Vertreter von Mitgliedern aus 50 Städten in Magdeburg den „Verband der Lithografen, Steindrucker und verwandter Berufsgruppen“. Sie grenzten sich vom „Senefelderbund“ ab und definierten sich in ihrer politischen Orientierung als Teil der erstarkenden Gewerkschaftsbewegungen. Mit zukünftigem Sitz in Berlin wählten sie ihren ersten Vorsitzenden Otto Sillier, der ab 1892 fest bei der gewerkschaftlichen Organisation mit einem Monatsgehalt von 150 Mark beschäftigt war. Bei einem Mitgliedsbeitrag von 15 Pfennig wöchentlich erwarben die auf 3604 Ende 1891 angestiegene Mitglieder den Anspruch auf den Bezug des offiziellen Verbandsorgans „Graphischen Presse“ das Recht auf „Streik- und Gemaßregeltenunterstützung“. Damit waren erstmals organisationspolitisch feste Strukturen eingezogen, um den Interessen der Gesellen einen Ausdruck zu geben und die beschlossenen Ziele umzusetzen. Diese waren anfänglich vor allem vom Kampf um den Achtstundentag, den Aufbau einer Arbeitslosenunterstützung und einer Reisekasse für die oft vorgeschriebene Wanderzeit bestimmt.

Unter dem Druck der technologischen Entwicklungen in dieser Zeit und teilweise mangelhaften Ausbildung entstand ein Bedarf nach Weiterbildung, sodass die „Graphische Rundschau“ als fachtechnische Beilage ab 1899 der „Graphischen Presse“ beigelegt wurde. Überhaupt stand die Aus- und Weiterbildungsfrage oftmals im Zentrum der Verbandsdiskussion. Mit einem „Lehrlingsregulativ“ wollte man 1906 Orientierung geben und dadurch die Qualität der Ausbildung verbessern. 1908 wurde mit einer eigenen Lehrlingsabteilung und der Herausgabe der Lehrlingszeitung „Graphische Jugend“ die Bindung des Berufsnachwuchses an den Verband mit der Kompensation von Ausbildungsdefiziten verbunden, um „allen Lehrlingen während ihrer Lehrzeit in der beruflichen, geistigen und körperlichen Ausbildung behilflich zu sein“.

Einen erneuten, aber und nicht lange anhaltenden Versuch, den Verband wieder mit dem Senefelderbund zu verbinden, gab es 1905. Trotz der 98 Versammlungen in 91 Städten und der Verbindung beider Organisationen fanden sie bei der durch eine Organisation noch sehr lose verbundenen Steindruckbesitzer keine Anerkennung. Auch eine angestrebte Tarifgemeinschaft der miteinander verwandten Berufe gelang nur kurzzeitig. Einzig die Lehrlingsvergütung wurde 1920 für Buchdrucker, Lithographen und Steindruck einheitlich geregelt. So hatten diese beispielsweise sechs Tage Urlaub im vierten Ausbildungsjahr zu beanspruchen.

Der „Verband der Lithografen, Steindrucker und verwandter Berufe“ hatte 1922 fünf Reichstarife für Lithografen und Steindrucker, Kunstdruckgewerbe, Reproduktionslithografen, Chemiegraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker sowie Porträtfotografen. Er wollte einen einheitlichen Organisationsvertrag erreichen, nach dem die geschlossenen Vereinbarungen nur für gewerkschaftlich organisiert Beschäftigte gelten und diese ausschließlich in Betrieben arbeiten sollten, die dem Arbeitsgeberverband angehörten. 1923 wurde unter dem Druck der Wirtschaftskrisen die Forderung aufgegeben, die Löhne zentral zu regeln: Am 23.07.1923 verdiente ein Lithograph 1,5 Mio. Mark in der Woche, was in Dollar 44 Cent entsprach.

So durchzogen bis zur Machtübernahme von 1933 durch die Nationalsozialisten eine Reihe innerer Konflikte die Geschichte dieser gewerkschaftlichen Berufsorganisation und führten dazu, dass keine Tarifgemeinschaft in der Branche de facto verankert werden konnte. Verständlich werden die Auseinandersetzungen aufgrund einer heterogenen Mitglieder- und Berufestruktur (u.a. auch Kupferstecher, Xylographen, Notenstecher und Chemiegraphen) in einer Branche mit Kleinbetrieben und Handpressen sowie durch die ungelösten Tariffragen von Stein-, Offset- und Tiefdruckabteilungen in Buchdruckereien. Erst das Gesetz für den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft v. 27.02.1934, das besonders auf die Umgestaltung der Industrie wert legte, brachte hier unter den entsprechenden ideologischen Vorzeichen eine Wende.

Bis dahin waren bereits die Arbeitsnehmerorganisationen aufgelöst, verboten. Prinzipalsvereine und Gewerkschaftsverbände gingen auf in der Arbeitsfront. Das war der nationalsozialistische Versuch der Rekonstruktion einer Ständegesellschaft, in der es ideologisch keinen Interessengegensatz mehr zwischen Kapital und Arbeit gab. Es wurde die „Wirtschaftsgruppe Druck und Papierverarbeitung“ mit der Fachgruppe 2, Flachdruck, Sitz in Leipzig, gebildet, dessen Vorsitzender Dr. Karl Seliger und sein stellvertretender Vorsitzender Albert Frisch waren. Mit Ausnahme der Sozialpolitik oblagen ihnen alle Aufgaben in der Ausbildungsarbeit des beruflichen Nachwuchses. Zu dieser Fachgruppe zählten alle Arten einer großen Produktpalette, von Etiketten, Bildpostkarten, über Heiligenbilder und Abziehbilder, bis hin zu Schaufensterdekorationen und die gesamte Handlithographie.

Die Zahl der Steindruckschnellpresse in Deutschland war zwischen 1905 mit 805 auf 384 im Jahr 1937 gesunken. Die Gegensätze zwischen Handwerk und Industrie hielten allerdings noch bis 1939 an, als der neue Vorsitzende August Lorey sein Amt

antrat. Die Gründung der „Zeitschrift für Deutschlands Druckgewerbe“ als amtliches Organ löst die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ ab, womit die staatliche Gleichschaltung der Interessenorganisation des Druckgewerbes mit dem Staat, das heißt mit dem nationalsozialistischen Deutschland abgeschlossen war.

Die Kriegsschäden waren für das Druckgewerbe bis 1945 verheerend. Nach der Befreiung durch die Alliierten wurde die Wirtschaftsgruppe verboten und das Druckgewerbe im Rahmen der Reedukation ihrer Kontrolle unterworfen. Erst nach 1945 wurde die Forderung von 1922 nach einem einheitlichen Organisationsvertrag auf dem zweiten ordentlichen Gewerkschaftstag wieder aufgenommen. Mit der Nachkriegsgründung der „IG Druck und Papier“ (1948) und 1949 dem Zusammenschluss im „Zentralfachausschuss der Druckindustrie“ (ZFA) konnten die berufsspezifischen Interessen innerhalb der Branche des Graphischen Gewerbes harmonisiert und die bis 1949 fast ausschließlich nur einzelvertraglich abgeschlossenen Vereinbarungen vereinheitlicht werden. Im ZFA-Gründungsprotokoll wurden „bereits bekannte Themen wie Organisation des Ausbildungswesens, Einführung und Durchführung von Ausbildungsordnungen, Schaffung eines einheitlichen Berichtsheftes, einheitliche Prüfungsaufgabenerstellung für die Tri-Zone, Schaffung einer einheitlichen Prüfungsordnung für die Lehrmeisterprüfung, Abgrenzungsfragen zwischen Ausbildungsordnung und Tarif, Nachwuchswerbung und Kostenfragen“ benannt, deren Regelung noch bis in die Gegenwart Daueraufgaben der Sozialparteien sind.

Der rote Faden der weiteren Verbandsgeschichte beschränkt sich mangels wissenschaftlicher Vorarbeiten zur DDR auf den Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland. Die beruflichen Differenzen innerhalb des graphischen Gewerbes wurden durch Spartenanhänge an den allgemein gültigen Manteltarifverträge in der Zeit von 1949 – 1974 geregelt: Lithografie und Flachdruck, Tiefdruck, Chemigraphie, Weiterverarbeitung und Hilfspersonal. Ab 1969 wurde von der horizontalen zur vertikalen Berufsgruppenaufteilung ausgegangen: Druckformherstellung, Druck und Weiterverarbeitung. Das war die große Wende bis zu dem Zeitpunkt, als die „IG-Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst“ (1989) in dem Gewerkschaftsverband der „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) 2001 aufging.

Literatur:

Graphische Presse: Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Chemigraphen, Photographen und verwandter Berufszweige. Berlin 1890ff (Periodika).

Schmidt, Martin: Jubiläumsansprache. In: 60 Jahre ZFA – Zentral - Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien. Hrsg.: Zentral - Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien. Kassel 2009, S. 6 - 8.

Scheriau, K. M.: Gemeinsam sind wir stark – allein sind wir stärker? Die graphischen Gewerkschaften in Deutschland vor 1933. In: „Gott grüß‘ die Kunst!“ Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen. Ausstellungskatalog (Hrsg.: Zimmermann, F., Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn 2006, S. 74 – 91.

Zoller, H.: Der Verstand der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. In: „Gott grüß‘ die Kunst!“ „Gott grüß‘ die Kunst!“ Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen. Ausstellungskatalog (Hrsg.: Zimmermann, F., Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn 2006, S. 51 – 73.